



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 17. Januar 2024

2733. 2023/19

Motion von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 18.01.2023: Verordnung zur Umsetzung von Netto-Null bei ewz bis 2035

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dominik Waser (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1275/2023): Das Ziel des Vorstosses ist, dass das Elektrizitätswerk (ewz) alle Geschäftstätigkeiten – abgesehen von der Wärmeversorgung – dem städtischen Klimaziel, also dem Netto-Null-Ziel, bis zum Jahr 2035, unterordnet. Wir sind der Meinung, dass das ewz nicht primär als Unternehmen im neoliberalen Sinn funktionieren sollte. Es hat ein Interesse an der Allgemeinheit. Es ist unsere Verantwortung, eine Politik zu betreiben, die gut für die Stadtbevölkerung ist. Das ewz soll das widerspiegeln, auch über die Stadt hinaus. In der Antwort auf die Motion ist immer von der Wirtschaftlichkeit die Rede, als wäre sie das oberste Gebot. Wenn wir uns ambitioniertere Ziele setzen oder etwas früher erreichen wollen, wird die Wirtschaftlichkeit oft als Totschlagargument gebracht. Wir sind der Meinung, dass das nicht immer der Fall sein kann und dass jeder Fall einzeln angeschaut werden muss. Darum sind wir immer noch der Meinung, dass das ewz abgesehen von der Wärmeversorgung alle Tätigkeiten dem Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2035 unterordnen sollte. Das soll ebenfalls für Aktivitäten ausserhalb der Stadt gelten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Michael Baumer:** Ich frage mich manchmal, ob Dominik Waser (Grüne) Forderungen in den Raum stellt und sagt, dass alles schlimm sei, ohne sich mit der Materie wirklich zu befassen. Selbstverständlich gelten für das ewz die Vorgaben der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die verschärfte Vorgabe, dass die Verwaltung die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erreichen muss. Wo setzt das ewz noch fossile Energieträger ein? Bei der Wärmeversorgung. Bei der Stromgewinnung sind wir bereits CO₂-neutral. Ich sehe nicht, wo Sie die grosse Lücke sehen – selbst wenn Sie den Atomstrom nicht als CO₂-neutral betrachten, was eine längere Diskussion wäre. Der einzige Ort, bei dem das eine Rolle spielt, ist das Contracting. Das findet bei der Wärmeversorgung statt. Bei der Wärmeversorgung haben der Gemeinderat und das Volk die Zielgrösse 2040 festgelegt. Daher entspricht diese Motion nicht der Gemeindeordnung. Man kann für das*



*Contracting, das das ewz den Privaten anbietet, die Zielsetzung anders fassen. Das ewz aber macht nicht die Wirtschaftlichkeitsrechnung: Es sind die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die diese Wirtschaftlichkeitsrechnung machen. Sie werden nicht zum sehr viel teureren Anbieter gehen. Wenn das ewz teurer wird, werden wir nicht erreichen, dass das von einem Anbieter angenommen wird, der die Dekarbonisierung vorantreibt. Das Contracting ist ein Nebenschauplatz, wenn man alle Geschäftsbe-
reiche des ewz anschaut. Wenn es das ewz nicht macht, dann macht es ein anderer. Auch können wir diesen Bereich nicht subventionieren, dann würden uns sehr viele Stellen beim Bund sagen, dass das nicht geht. Wir sehen nicht, was genau Sie anders haben wollen. Das ewz hält sich an die Vorgaben. Es gibt den Bereich Contracting im Wärmebereich. Dort ist es logisch, dass wir konkurrenzfähig sein müssen – ausser Sie wollen, dass das ewz dies nicht mehr den Privaten anbietet. Wir nehmen den Vorstoss als Postulat entgegen, weil wir sowieso keine Diskrepanz zu den Klimazielen der Stadt wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Als ich das gelesen haben, musste ich mir die Augen reiben. Es ist eine klare Wirtschaftssabotage der Grünen. Das ist der Grund, weshalb ich euch ab sofort nicht mehr als Marxisten bezeichne, denn nicht einmal ein Marxist würde ein solches Anliegen tolerieren. Auch Marxisten stellten mittlerweile fest, dass sie den Kapitalismus brauchen, um zu überleben, und dass die Wirtschaftlichkeit wichtig ist. Ich bezeichne euch ab jetzt als Schmarotzer des Kapitalismus, weil ihr keine Ahnung von nichts habt und noch nie etwas zum Wohlstand beigetragen habt. Es ist abenteuerlich, wie ihr Links-Grünen in das Geschäft des ewz hineinpfeuschen wollt. Das ewz baut in der ganzen Schweiz ökologisch optimierte Energieanlagen, das erwähnte Contracting. Jetzt wollen die Grünen dem ewz vorschreiben, wie diese Anlagen bis ins Jahr 2035 klimaneutral sein sollen. Diese Forderung würde das ewz ausserhalb der Stadt vom Geschäft ausschliessen, weil Mitbewerber bis zum Jahr 2050 Zeit haben, um ihre Anlagen klimaneutral umzurüsten. Da es sich beim Contracting um privatrechtliche Verträge handelt, wäre es eine fatale Einmischung ins Wirtschaften des ewz. Leider sind die Motionäre keine Fachleute, haben keine Ahnung und keinen Leistungsausweis im Geschäft mit dem Contracting. Ihr opfert die Grundlagen des Wohlstands eurem Klimawahn. Wenn es nach euch gehen würde, hätten wir längst eine «Ökodiktatur», woran die ganze Wirtschaft zerbrechen würde. In Deutschland könnt ihr die Folgen solcher Einmischungen und grüner Kneblungen sehen. Wer die DDR damals sah, sieht die Parallelen. Der grüne Klimawahn ist allerdings weitaus gefährlicher und gewaltbereiter. Er ist das genialste kommunistische Machtinstrument; Stalin und Mao hätten Freude daran. Mit der Umsetzung der Klimawahn-Massnahmen kann man euer Ziel der Überwindung des Kapitalismus schnell erreichen. Deutschland macht es vor, während einige hier diesen Boden ins Verderben vorbereiten. Knebelt die ewz mit euren Vorstössen und bald werdet ihr die Früchte von eurem Tun ernten: höhere Energiepreise, kein Geschäft ausserhalb der Stadt, Entlassungen und viele Steuergelder für die Unterstützung des ewz.*



Dr. Florian Blättler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir unterstützen das Anliegen grundsätzlich. Es ist wichtig, dass Zürich den Hebel nutzt, wo sie einen hat, um möglichst schnell das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Wir müssen unsere Wirtschaft nicht nur in der Stadt, sondern weltweit umbauen. Unser kleines Problem mit dem Vorstoss ist die Verordnung, die nichts bringt. Darum soll der Stadtrat mit unserer Textänderung eine «Weisung für eine verbindliche Strategie und deren Finanzierung» vorlegen.

Beat Oberholzer (GLP): Auch wir sind mit dem Grundgedanken der Motion einverstanden. Mit Netto Null soll nicht zugewartet werden und alle müssen am gleichen Strick ziehen. Wir haben jedoch auch Mühe mit der Motion. Einerseits haben wir das breit abgestützte Klimaziel bis zum Jahr 2040 für die Wärmeversorgung. Wenn man ausserhalb der Stadt schaut, wo das ewz tätig ist, gilt teilweise das Klimaziel für das Jahr 2050. Dort sind nicht die ewz-Wärmeverbände das Problem. Das Problem liegt dort, wo es keine solche Wärmeverbände gibt, wo immer noch Gas- und Ölheizungen im Einsatz sind. Das ewz baute bereits an vielen Orten gute Lösungen, mit denen CO₂ eingespart werden kann. Die entsprechenden Gemeinden und Siedlungsgebiete sind froh, dass sie einen solchen Schritt machen konnten. Wir halten es daher für kontraproduktiv, wenn strengere Vorschriften im Vergleich zur Konkurrenz im Rest der Schweiz eingeführt werden. Als Postulat unterstützen wir den Vorstoss, weil das ewz gute, klimaschonende Lösungen anbieten kann. Damit muss es unbedingt weitermachen, um attraktiv zu bleiben. Daher geht der Vorstoss in die richtige Richtung. Uns fehlt ein Lösungsvorschlag dafür, was das ewz mit den Verbänden tun soll, die im Jahr 2040 immer noch einen Teil fossil betreiben. Wir wissen, dass es nicht ohne die Negativemissionstechnologien (NET) geht. Sie sollen auch hier berücksichtigt werden, weshalb wir einen Textänderungsantrag gestellt haben. Falls der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, schlagen wir vor, dass der letzte Satz mit «sowie der Einsatz von Negativemissionstechnologien und wenn nötig Zertifikatskäufen» ergänzt wird.

Dominik Waser (Grüne) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Mit dem Ziel bis zum Jahr 2035 meinten wir natürlich das stadtinterne Ziel, das für die Wärmeversorgung das Jahr 2040 vorsieht. Beim Contracting haben wir noch kein Ziel und für uns ist klar, dass auch diese Projekte dem städtischen Ziel bis zum Jahr 2040 verpflichtet werden. Das ist ein ambitionierteres Ziel als der Bund; aber wir wissen, dass das Ziel des Bundes nicht ausreichend ist. Dem Argument, dass die Aufträge verloren gehen, glaube ich nicht. Ich glaube, dass man sich positionieren kann. Das ewz positioniert sich als sehr ökologisches Unternehmen und kann auch mit einer 100-Prozent-Lösung oder mit einem Nachrüsten bis zum Jahr 2040 einen Auftrag erhalten. Es ist ein fragliches Demokratieverständnis, wenn uns «hineinpfuschen» vorgeworfen wird. Wir sehen es als unsere Rolle, öffentliche Unternehmen zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass der Wille des Volkes umgesetzt wird.

Andreas Kirstein (AL): Strategien via Verordnung festzulegen, sind aus unserer Sicht kein guter Weg. Insofern ist die Textänderung der SP in unserem Sinn und heilt den Text im Rahmen eines Postulats. Inhaltlich ist es eine interessante Debatte. Inhaltlich



kommen wir zum gleichen Schluss, wie vorher vor allem die SVP. Das ist ein Unglück, das uns manchmal widerfährt, aber nicht irritieren sollte, weil wir auf städtischer Ebene zu Sachvorlagen Stellung nehmen. Im Bereich der Energiedienstleistungen wäre es aus unserer Sicht nicht erstrebenswert, weitere Restriktionen einzuführen. Das ewz punktet auf dem Schweizer Markt, indem es wirtschaftlich tragbare und trotzdem den Klimaziele verpflichtende Lösungen vorschlägt. Hier gibt es ein Problem mit der Wirtschaftlichkeit, obwohl ich den grundsätzlichen Ausführungen von Dominik Waser (Grüne) zustimme und mich mehr Sozialismus nicht abschrecken würde. Aber auf städtischer Ebene gibt es entweder eine wirtschaftliche Betrachtung, wenn man in der Schweiz Angebote machen will, oder es gibt keine Angebote. STR Michael Baumer führte richtig aus: Entweder werden wir subventionieren, dann haben wir die Wettbewerbskommission am Hals, oder wir werden keine entsprechenden Ausschreibungen gewinnen. Dass wir auf die damalige Ausgliederungsdebatte reagiert hatten und dem ewz wo notwendig die gleich langen Spiesse im Markt verschaffen wollten, ist einer der Gründe, weshalb wir dem ewz die Rahmenkredite mit einer gewissen wirtschaftlichen Freiheit bewilligt haben. Insofern halte ich es für eine amüsante Fehlleistung der Motionäre, dass sie im Begründungstext von einer «öffentlich-rechtlichen Anstalt» schreiben. Das kann geschehen, ist aber im Zusammenhang, dass man genau hier neue rechtliche Bedingungen schaffen will, speziell. Ein Postulat unterstützt die bisherige Stossrichtung und verstärkt sie vielleicht ein wenig. Wir teilen sie, weshalb wir bereit sind, dem Postulat zuzustimmen. Zum Überraschungstextänderungsantrag kann ich inhaltlich nicht viel sagen, ausser dass es vielleicht politisch so wäre, dass du mich bei den NET dabeigehabt hättest, nicht aber die Fraktion. Bei den Zertifikatskäufen wäre auch ich nicht dabei.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Auch hier werden einerseits offene Türen ingerannt und andererseits bringt es dort nicht viel, wo die offenen Türen nicht vorhanden sind. Der Volkswille wird mit dem Netto-Null-Ziel bereits umgesetzt, weshalb ich keine grossen Lücken sehe. Es bringt hingegen nichts, wenn bei der einzigen Lücke, den Energiedienstleistungen, die Brechstange eingesetzt wird, sodass niemand mehr am Kauf interessiert ist. Dem Vorstoss stimmen wir nur als Postulat zu, wenn auch verhalten. Es ergibt keinen Sinn, wenn unrealistische Ziele mit der Begründung, dass sie nicht erreicht werden können, verschärft werden. Ich glaube, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Leute denken dann mit der Zeit eher negativ über die berechtigten Anliegen.*

Johann Widmer (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung für eine verbindliche Strategie und deren Finanzierung ~~verbindliche Strategie in Form einer neuen Verordnung~~ vorzulegen, die aufzeigt, wie das EWZ ihre gesamten Geschäftstätigkeiten - auch ausserhalb des Stadtgebietes - bis 2035 auf Netto Null reduzieren wird. Dabei soll ein verbindlicher Plan zur Emissionsreduktion vorgelegt werden.



5 / 5

Das geänderte Postulat GR Nr. 2024/14 (statt Motion GR Nr. 2023/19, Umwandlung) wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat